

**Protokoll der 27. Sitzung des Sanierungsbeirates vom 29.10.2015
im Mehrgenerationenhaus, Hugo-Luther-Str. 60a, 38112 Braunschweig**

Anwesende:

Vertreter/innen aus Rat und Bezirksrat:

Frau Johannes, Vorsitzende

Herr Glaser

Frau Sewella

Herr Sommerfeld

Frau v. Kalm

Herr Hillger

Bürgermitglieder:

Herr Jahnz

Herr Meister, stellv. Vorsitzender

Frau Schossig

Herr Schramm

Vertreter der Verwaltung:

Frau Knüsting (61.13)

Herr Malorny (41.0)

Quartiersmanagement plankontor:

Frau Tempel

Gäste: Herr Herig, Herr Huppert – Bewohner der Broitzemer Straße,

Frau und Herr Senz – Antragstellende für den Bouleplatz

Ablauf und Tagesordnungspunkte – Öffentlicher Teil:

1. Beschluss über die Tagesordnung zur heutigen Sitzung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Sanierungsbeirates am 17.09.2015
3. Anträge an den Verfügungsfonds: 17-015, Quartiersmanagement plankontor Stadt & Gesellschaft, Lampionumzug 2015 am 12. November, Antragssumme 880,00 €.
4. Vorlage: Modernisierung und Nutzungserweiterung der evang. Kindertagesstätte St. Martini
5. Vorlage: „Soziokulturelles Zentrum: Beschluss über das Verhandlungsmandat zum Baukosten- und Mietzuschuss basierend auf einem konkretisierten Raumprogramm“
6. Vorlage: "Industriepfad" - Zweiter Bauabschnitt: Ringgleis Hildesheimer Straße
7. Änderung der Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Mitteilungen des Quartiersmanagement
10. Anfragen / Anregungen

Begrüßung:

Frau Johannes begrüßt alle Anwesenden.

Bürger/innen-Fragestunde:

Frau Johannes eröffnet die Fragestunde

Herr Herig erkundigt sich nach der Ausführung weiterer Bauabschnitte am Knotenpunkt Broitzemer Straße/ Juliusstraße. Frau Knüsting führt aus, dass der 2. Bauabschnitt in Abhängigkeit von der Mittelverfügbarkeit umgesetzt werden kann. Die Verwaltung wird die Hinweise der Anwohnervvertretung hinsichtlich des befürchteten Gefährdungspotentiales bei der Querung der Kreuzung weitergeben.

Herr Huppert weist darauf hin, dass geeignete Überwege für Fahrende mit Rollatoren bzw. Rollstühlen zu schaffen sind. Er äußert die Befürchtung, dass bei Verbauung der vorgesehenen gelben Steine die Kreuzung später ähnlich hässlich aussehen wird, wie der Frankfurter Platz und erkundigt sich nach dem Zeitplan für den Beginn der Maßnahme.

Frau Knüsting führt aus, dass mit den Arbeiten im Frühjahr 2016 begonnen wird.

Es gibt keine weiteren Fragen an den SB.

Frau Johannes schließt die Bürgerfragestunde.

TOP 1: Beschluss über die Tagesordnung zur heutigen Sitzung:

Folgende Änderungen der TO werden beantragt: Herr Malorny bittet darum, die Vorlage SKZ vorzuziehen. TOP 5 rückt somit auf TOP 4.

Herr Glaser regt an, einen weiteren TOP aufzunehmen, nämlich die Abstimmung über das Sanierungsgebiet „An der Schölke“, das aus dem Sanierungsprogramm entlassen werden soll. TOP „An der Schölke“- Entlassung aus dem Sanierungsprogramm wird somit zu TOP 6. Der Sanierungsbeirat stimmt dem Antrag von Herrn Glaser zu.

Abstimmung über die Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Geänderte Tagesordnung:

1. Beschluss über die Tagesordnung zur heutigen Sitzung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Sanierungsbeirates am 17. 09. 2015
3. Anträge an den Verfügungsfonds
4. Vorlage: „Soziokulturelles Zentrum: Beschluss über das Verhandlungsmandat zum Baukosten- und Mietzuschuss basierend auf einem konkretisierten Raumprogramm
5. Vorlage: Modernisierung und Nutzungserweiterung der evang. Kindertagesstätte Skt. Martini
6. „An der Schölke“ – Entlassung aus dem Sanierungsprogramm
7. Vorlage: „Industriepfad“ – Zweiter Bauabschnitt: Ringgleis

- Hildesheimer Straße
8. Änderung der Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates
 9. Mitteilungen der Verwaltung
 10. Mitteilungen des Quartiersmanagements
 11. Anfragen / Anregungen

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Sanierungsbeirates vom 17.09.2015:

Änderungen: S. 5: Maßnahmeprogramm 201“6“ / S. 7: „Das“ vor Maßnahmeprogramm streichen.

Frau Sewella fragt, wann die Fragen von Frau Smereczanski und Herrn Weisse beantwortet werden und wie die Antwort die Anwohner/innen erreicht. Herr Sommerfeld erklärt sich bereit, die Antworten weiterzuleiten.

Abstimmung: 9 _Ja / 1 Enthaltung

TOP 3: Anträge an den Verfügungsfonds:

Der Antrag zur Bereitstellung von 880,00 € für die Durchführung des Lampionumzuges 2015 unter Federführung des Quartiersmanagements wird einstimmig angenommen.

Es wird darum gebeten, in die Übersichtstabelle eine Spalte für die Differenzbeträge einzufügen.

TOP 4: Vorlage: „Soziokulturelles Zentrum: Beschluss über das Verhandlungsmandat zum Baukosten- und Mietzuschuss basierend auf einem konkretisierten Raumprogramm:

Herr Dr. Malorny erörtert die Vorlage.

Fragen dazu: Herr Glaser: Wie hat der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft darüber entschieden?

Antwort: Der 1. Vorlage wurde zugestimmt. Zur aktuellen Vorlage gab es keine Abstimmung, weil die CDU- Fraktion Beratungsbedarf angemeldet hat, der bis zur Entscheidung des VA erledigt sein soll.

Herr Hillger begrüßt die Einrichtung von Seminar- und Workshopräumen und fragt, ob die vorgesehenen 4-5 Arbeitsplätze für Verwaltung ggf. ein dezentrales Quartiersmanagement mit abdecken könnten.

Antwort: Denkbar ist das und sicherlich sinnvoll an diesem Standort. Dies muss jedoch mit dem Konzept von KufA e.V. zusammenpassen und deren Zustimmung finden.

Frau Sewella erkundigt sich nach der Außenbewirtschaftung. Diese wird mit gedacht und mit geplant, ist jedoch nicht Bestandteil der vorliegenden Aufstellung.

Antwort: Das ist richtig, weil sich die Raum- und Kostenaufschlüsselung durch die Kulturverwaltung auf die Finanzierung der Innenkubatur beschränkt.

Herr Jahnz fragt, ob es trotz sauberer Trennung beider Betriebe (KufA und WESTand) Synergieeffekte und gemeinschaftliche Nutzungsvarian-

ten geben kann und wie der Verein KufA dazu stehe.

Antwort: Grundsatz ist, dass eine Trennung von Veranstaltungshalle und Soziokulturellem Zentrum allein schon aufgrund des Baukostenzuschusses und langfristigen Einmietung zwingend ist. Es wird bauliche Möglichkeiten geben, zueinander zu kommen. Die KufA ist einverstanden mit der Trennung beider Betriebe und befürwortet diese sogar. Zugleich gibt es die Option auf gemeinsame Aktivitäten.

Das erste Konzert kann evtl. 2017 (frühestens) starten. Genau Terminplanungen liegen der Kulturverwaltung noch nicht vor.

Frau Schossig möchte gern wissen, ob es geplant sei, den morbiden Charme des Gebäudes zu erhalten und ob der rote Klinker bleibt.

Antwort: Ja. Das wird keine high end- Architektur (hochwertige), keine Schulausstattung. Alles, was sicherheitstechnisch notwendig sei, wird ausgeführt. Ansonsten werden sich Bau und Ausstattung an einfachen Standards orientieren.

Frage, ob ausreichend Parkplätze vorhanden seien.

Antwort: Die Vorlage stellt den Ist-Stand der Planungen dar. Einstellplätze sind ein offener bauordnungsrechtlicher Punkt. Die Stadt hat Forderungen an die Investoren nach Einstellplätzen. Es ist jedoch noch nichts konkret geregelt. Es ist zu klären, wer Kostenträger ist und wo die Flächen hinterlegt werden. Die Kulturverwaltung setzt auf den ÖPNV und Fahrradbesucher/ innen. Eine abschließende Lösung der Einstellplatzproblematik wird dem Baugenehmigungsverfahren zu überlassen sein. Aus dem nunmehr ergangenen Bauvorbescheid weiß der Investor um die Voraussetzungen.

Herr Meister schlägt vor, auf Seite 2, Absatz 4 unter Baukostenzuschuss zu ergänzen, dass die Eisenbahndrehscheibe erhalten bleiben soll.

Herr Malorny dazu: Das ist für die Kulturverwaltung nur schwerlich möglich. Eine Integration in den Beschlusstext würde die Verhandlungen sicherlich nicht erleichtern. Die Stadt wird den Fakt jedoch mit bedenken. Herr Meister führt weiter aus, dass auch der Stadtheimatspfleger dies so sehe und weist darauf hin, dass auch die historisch wertvolle Hausfassade erhalten bleiben sollte. Herr Malorny erwidert darauf, dass die äußere Gebäudehülle erhalten bleiben soll.

Herr Glaser erkundigt sich, ob die Stadt als Hauptmieterin auftritt. Herr Malorny: Ja. Die Stadt mietet die Räume für das Soziokulturelle Zentrum und stellt diese dem Verein KufA zur Nutzung zur Verfügung. Das Objekt bleibt in Händen der Stadt. KufA erhält zudem eine Kontinuitätsförderung. Dies ist eine Projektförderung für Künstler/ innen und Vereine. Hinzukommen neben der Miete für KufA noch die Finanzierung der laufenden Kosten im Sinne der Betriebskostenverordnung und eine einmalige Investition der Stadt in die Ausstattung des Gebäudes.

Frau Knüsting erörtert die Möglichkeit, den Investoren Fördermittel zum Erhalt der Eisenbahndrehscheibe anzubieten. Sie betont auch, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar sei, ob die Drehscheibe erhalten werden könne und ob nicht möglicherweise die Drehscheibenfläche anderweitig gebraucht werde.

Der Sanierungsbeirat entscheidet sich für folgenden Zusatz zur Vorlage:
„Der Sanierungsbeirat bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob die Eisenbahndrehscheibenanlage an der Südfassade ggf. unter Bereitstellung von Fördermitteln erhalten bleiben kann.“

TOP 5: Modernisierung und Nutzungserweiterung der evang. Kindertagesstätte Skt. Martini

Frau Knüsting erläutert die Vorlage.

Frau Schossig führt aus, dass es weiterhin Fahrradständer auf der verbleibenden Fläche geben sollte. Sie habe auch den Eindruck, dass die Kita Kinder aus bildungsnahen Familien bevorzuge. Sie spricht sich dafür aus, dass auch Kinder aus anderen sozialen- und Bildungsschichten aufgenommen werden sollten. Frau Knüsting wird den Sachverhalt prüfen.

Herr Thiele führt noch aus, dass sich die Kosten der Baumaßnahmen nicht eklatant unterscheiden von den Umbaukosten des Mehrgenerationenhauses. Der Unterschied liegt bei ca. 200 € / qm, 1.500 € / qm fürs MGH und 1.700 € / qm für Kita Skt. Martini.

Abstimmung: Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6 „An der Schölke“ – Entlassung aus dem Sanierungsprogramm:

Frau Knüsting verweist auf die entsprechende Mitteilung aus der SB-Sitzung am 2. Juli.

Der TOP wird hinfällig.

TOP 7 Vorlage: „Industriepfad“ – Zweiter Bauabschnitt: Ringgleis Hildesheimer Straße:

Herr Jahnz fragt nach einer Erklärung dafür, dass die Baukosten noch höher liegen, als jene für die bereits aufgestellten Container.

Frau Knüsting: Die Container unterscheiden sich in Herstellung und Ausstattung. Das ursprüngliche Angebot, auf dessen Grundlage auch die anderen Container hergestellt wurden, ist unverändert.

Herr Hillger fragt nach, ob er es richtig verstehe, dass die Unterhaltungskosten aus dem städtischen Haushalt kommen und nicht aus dem Stadtbezirksrat. Frau Knüsting liest bzw. versteht das ebenso.

Frau von Kalm führt aus, dass die Container gerade in ihrer Unterschiedlichkeit wichtig seien, weil mit ihnen auf die Geschichte des Ringgleises hingewiesen werden soll.

Frau Johannes fragt, ob es geschehen könne, dass die Denkmale Container beeinträchtigt werden könnten durch die Bebauung des Noltemeyer- Geländes. Sie bittet um ein Augenmerk darauf.

Abstimmung:

8 Ja- Stimmen

1 Enthaltung

1 Gegenstimme

TOP 8 Änderung der Geschäftsordnung für den Sanierungsbeirat

Vorschläge und Argumente werden ausgetauscht.

Plankontor habe vor Jahren die vorliegende GO eingebracht. Aus diesem Grund wird Frau Tempel beauftragt, bis zur übernächsten Sitzung im Januar 2016 einen Entwurf zur geänderten GO vorzulegen. Dieser sollte praxiskompatibel sein und die Bürgerfragestunde zu Sitzungsbeginn sowie Rederecht für QM aufnehmen.

TOP 9 Mitteilungen der Verwaltung

Neubau Hotel und Wohnen mit Tiefgarage in der Frankfurter Str. 290, 291:

Fragen und Argumente: Wo ist der Okerwanderweg?

Mit der Maßnahme werde keine günstigen und preiswerten Wohnungen geschaffen. Sie entspricht nicht den Zielen für das Sanierungsgebiet. Die Gremien sollten einen Lageplan mit Darstellung des Okerwanderweges erhalten, damit keine Mißverständnisse aufkommen? Warum wird der SB so spät informiert? Frau Sewella spricht ihr Mißtrauen aus.

Der Bouleplatz ist auf dem Westbahnhofgelände bereits realisiert worden. Fragen und Diskussionen:

Warum wurde auf Zuruf eines Bürgers so schnell gehandelt und wieso ohne Einbeziehung des Sanierungsbeirates? Herr Meister hätte den jetzigen Standort als Bouleplatz abgelehnt. Dieser sollte ein Veranstaltungsplatz sein. Nun ist mitten in die Veranstaltungsfläche ein Bouleplatz gebaut worden. Diese Art der schnellen Umsetzung und das Vorgehen der Verwaltung wird nicht akzeptiert. Dem Sanierungsbeirat liegt hierzu die Antwort der Fachverwaltung vor.

Eröffnungsveranstaltung WESTival – Kosten:

Fragen und Diskussionen: Wurde mit der Realisierung des Festes der gesamte Jahresetat für Öffentlichkeitsarbeit im Programmgebiet aufgebraucht? Wieviel der Kosten kommen aus Städtebaufördernmitteln bzw. städtischen Mitteln? Beträgt der jährliche Etat für Öffentlichkeitsarbeit 25.000,00 €? Die Höhe der Ausgaben für das Fest erscheint unverhältnismäßig. Gibt es diese Mittel jedes Jahr?

Frau Tempel geht davon aus, dass die 25.000,00 € der gesamte Jahresetat für ÖA im Programm Soziale Stadt seien und bittet darum, nicht wieder den Gesamtetat für eine Veranstaltung einzusetzen. Und nicht einen Jahresetat für eine Maßnahme einzusetzen, ohne dies zuvor ausreichend kommuniziert zu haben.

Wird die neue Westpost auch aus diesen Mitteln finanziert? Antwort: Nein.

Herr Thiele führt aus, dass das Städtebauförderprogramm kein starres Programm sei und dass es für Öffentlichkeitsarbeit keinen festen Betrag gebe. Es seien keine anderen Anträge zur Verwendung von Mitteln für ÖA gestellt worden und mit Realisierung des Festes wurden keine anderen Maßnahmen gefährdet.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

TOP 10: Mitteilungen des Quartiersmanagements

Siehe Anlagen

TOP 11: Anfragen, Anregungen

Herr Jahnz: Warum gibt es am Container auf dem Jugendplatz keinen Hinweis, wo der Schlüssel geholt werden kann. Die Jugendlichen könnten sich für die Toilettennutzung einen Schlüssel holen.

Frau Tempel: Sie habe mit Herrn Renk von der Spielstube Hebbelstraße

darüber gesprochen. Es ist seitens der Spielstube nicht erwünscht. Die Toilette sei eine Chemietoilette, welche regelmäßig geleert und gereinigt werden müsse. Die Kollegen von der Hebbelstraße möchten diese Aufgabe nicht übernehmen. Die Toilette ist für öffentliche Nutzung nicht geeignet.

Auf dem Ringgleis sind Abschnitte asphaltiert worden. Ist weiterhin eine Asphaltierung vorgesehen?

Frau Knüsting: Zu Beginn der Maßnahme waren nicht ausreichend Städtebaufördermittel zur Asphaltierung der Strecke verfügbar. Deshalb fiel die Entscheidung für eine wassergebundene Decke.

Herr Meister: Kann sich nicht erinnern, dass es eine grundsätzliche Ausrichtung für Asphaltierung gab. Da für unterschiedliche Interessenlagen unterschiedliche Beläge geeignet sind, gab es den Vorschlag von der Verwaltung, an der Kälberwiese unterschiedliche Beläge zu erproben. Im Konzept für das gesamtstädtische Ringgleis ist die Oberflächenbeschaffenheit sehr wichtig. Herr Schramm verweist auf die Lichtenberger Straße. Die dort verwendete Stahlwerkschlacke scheint als Oberfläche sehr gut zu funktionieren.

Herr Glaser weist darauf hin, dass auf dem Ringgleis zwischen Hugo-Luther-Straße und Hildesheimer Straße keine Poller stehen und dass einige Lampen schief stehen. Teile der Lampen dienen als Vogelnestbeleuchtung, da die Bäume zu groß geworden sind. Er fragt nach der Treppe bzw. Rampe zur Münchenstraße. Diese sei bereits durch Trampelpfade vorgebildet.

Frau Knüsting: Die Maßnahme „Treppe Jugendplatz“ sei für 2016 vorgesehen.

Frau Sewella fragt, was die Stadt für den Westbahnhof 1, der verkauft wird, vorsieht?

Herr Jahnz fragt, ob der Blumenteich der bisher abgesperrt sei noch zugänglich werde.

Herr Schramm fragt, ob es nicht sinnvoll sei, 2 Rettungsringe am Jödebrunnen anzubringen.

Herr Meister weist darauf hin, dass vor Gambit das Pflaster locker sei.

Beantwortung älterer Fragen und Anregungen:

Frau Knüsting: Eine Eiche wurde Anfang Mai am Ringgleis gepflanzt.

Frau Sewella weist auf die Einbindung des Verkehrsgutachtens zur Gestaltung des Frankfurter Platzes hin.

Frau Knüsting: Der Stadtbezirksrat habe in der Folge eine Anregung zur Änderung der Verkehrsführung beschlossen.

Frau Sewella weist daraufhin, dass dem Stadtbezirksrat dazu noch keine Antwort vorliegt.

Herr Jahnz stellt fest, dass Bäume, die am Ringgleis beseitigt wurden, heute neu gepflanzt worden sind und dass auf dem Spielplatz Madamenweg alles repariert wurde.

Frau Knüsting: Die Bäume sind frühzeitig eingegangen und wurden

entfernt.

Herr Schramm weist darauf hin, dass der „Rotdorn“ an der Hugo-Luther- Straße so krank und pflegebedürftig sei wie eh und je.

Blockinnenbebauung Cyriaksring 55: Fragen nach dem 2. Geschoss als Staffelgeschoss und Erhalt der Außenmauern sind dem Investor bekannt, er prüft die Anregungen.

Frau Sewella fragt, ob die 1. Vorlage (2 Geschosse, 3 Wohnungen) ihre Gültigkeit verliert oder verloren hat. Die neue Vorlage geht von 2 Geschossen, wobei das 2. Geschoss ein Staffelgeschoss wird und 5 Wohnungen aus.

Frau Knüsting: Der Bebauungsplan setzt überbaubare Flächen und die Ausnutzung des Grundstückes fest, nicht die Anzahl der Wohneinheiten. In der früheren Fassung waren zwei Geschosse zzgl. Dach möglich. Bezogen auf die Ausnutzung ist ein Staffelgeschoss mit entsprechender Größe wie ein Dachgeschoss zu werten. Herr Sommerfeld äußert, dass die Anlieger befürchten, dass ein Hausriegel vor ihren Fenstern stehen wird und dass die Abstände zu den Grundstücksgrenzen möglicherweise nicht eingehalten werden.

Herr Herig fragte nach der Barrierefreiheit bei der Umgestaltung der Kreuzung Broitzemer Straße/ Juliusstraße.

Frau Knüsting: Die vorgesehene Bordansicht von 3 cm ist der Braunschweiger Weg, um sowohl den Ansprüchen sehbehinderter als auch gehbehinderter Mitbürger gerecht zu werden. Dies wurde ausführlich in der Sitzung im September dargestellt.

Wie ist die vollständige Versiegelung von Freiflächen zu verhindern?

Frau Knüsting: Die zulässige Bebauung in den gründerzeitlichen Gebieten richtet sich in der Regel nach der vorh. Bebauung in der Nachbarschaft. Angesichts der Nachfragen nach städt. Wohnraum werden bisher unbebaute Hinterliegergrundstücke bebaut. Sofern gesunde Wohnverhältnisse gewahrt bleiben, entspricht dies den Sanierungszielen. Vollständige Grundstücksversiegelungen sind nicht bekannt und entsprechen nicht den Sanierungszielen.

Schaffung günstigen Wohnraumes:

Frau Knüsting: Die Stadt schafft Planungsrecht durch die Aufstellung von Bebauungsplänen neuen Wohnraum (Anmerkung). Das Bündnis für Wohnen wird Ende November seine Ergebnisse zu diesem vorstellen.

Frau Johannes schließt die Sitzung um 21:55

Braunschweig, den 5.11.2015

Protokoll: Marion Tempel, plankontor *Stadt & Gesellschaft* GmbH